



# Tarifrunde 2010

## BUND und VKA

Tarifinfo 01/10  
21.01.2010

GdP-TARIFINFORMATION

## Tarifrunde 2010: Erster Verhandlungstermin ohne Angebot der Arbeitgeber

**Der erste Verhandlungstermin der Tarifrunde 2010 mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände hat am 13. Januar 2010 in Potsdam stattgefunden. In den rund vierstündigen Verhandlungen spielte die wirtschafts- und finanzpolitische Situation und ihre unterschiedliche Bewertung durch die Tarifvertragsparteien eine große Rolle. Die Arbeitgeber legten kein Angebot zur Entgelterhöhung vor. Die von der Gewerkschaftsseite eingebrachten Forderungen lehnten die Arbeitgeber vollständig ab.**

Zu Beginn der Verhandlungen machte die Arbeitgeberseite die schlechte Finanzlage der Kommunen und des Bundes zum Thema, um zu begründen, dass kein Geld für Entgelterhöhungen zur Verfügung stehe. Die Gewerkschaftsseite hat diese Argumentation mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer verbesserten Finanzausstattung der Kommunen durch den Bundesgesetzgeber und die Steuergeschenke der Bundesregierung an reiche Erben und Hotelbetreiber im Rahmen des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ beantwortet. Auf die gewerkschaftliche Argumentation, dass Lohnzuwächse bei rund zwei Millionen Beschäftigten eine dringend benötigte Stärkung der Binnennachfrage bedeuten, hat der Bundesinnenminister nur geantwortet, dass der öffentliche Dienst nicht regu-

lierend durch Lohnpolitik auf den Binnenmarkt einwirken könne.

Konkret wollten weder der Bund noch die VKA ein Angebot zur Entgelterhöhung vorlegen. Nach Auffassung der VKA führen Tarifierhöhungen zu Beschäftigungsabbau, Leistungseinschränkungen und Ausgliederungen. Eine Steigerung um fünf Prozent sei völlig untragbar, selbst eine Übertragung der 1,2%-Steigerung aus dem Länderbereich würde zu unübersehbaren Folgen führen. Für lineare Lohnzuwächse stünde kein Geld zur Verfügung; es sei aber zur Verbesserung der Personalführung eine Erhöhung der Leistungsentgelte unabdingbar. Ohne eine Erhöhung des „Leistungsstopfes“ in § 18 TVöD kann es nach Meinung der VKA keinen Abschluss geben. Die Gewerkschaftsforderung nach einer sozialen Komponente führe zu einer „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ und fördere Outsourcing. Diese Aussagen wies die Gewerkschaftsseite als nicht nachvollziehbar zurück.

Zur Frage der Entgeltordnung hat die Gewerkschaftsseite deutlich gemacht, dass endlich Fortschritte erreicht werden müssen und deshalb eine zwingende Verfahrensvereinbarung erforderlich sei. Bis zum Abschluss einer neuen Entgeltordnung müssen die Bewährungs-, Zeit- und Tätigkeitsaufstiege sowie die Vergütungsgruppenzulagen im vollen Umfang wieder eingeführt werden.



# Tarifrunde 2010

## BUND und VKA

GdP-TARIFINFORMATION

Die Arbeitgeber haben ihre Ablehnung der Wiedereinführung von Aufstiegen und Zulagen wiederholt, aber ihre Bereitschaft zu einer Verfahrensvereinbarung erklärt. Sie soll bis zur zweiten Verhandlungsrunde gemeinsam vorbereitet werden.

Eine Anschlussregelung zur Altersteilzeit ab 01.01.2010 ist von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Sie sehen offensichtlich eine Möglichkeit, insbesondere bei gesundheitlichen Problemen sozial abgesichert vorzeitig aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden zu können, nicht als erforderlich an und wollen im Gegenteil eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Mit der staatlichen Förderung von Altersteilzeit sei „Missbrauch zu Lasten der Allgemeinheit“ betrieben worden.

Eine Verpflichtung zur Übernahme von Auszubildenden nach Abschluss der Ausbildung ist von den Arbeitgebern mit der Begründung abgelehnt worden, dass in der Folge die Ausbildungsplätze drastisch abgebaut werden müssten. Sie können sich nur die Fortführung der bisherigen – unverbindlichen – Formulierung im Rahmen des Bedarfs vorstellen. Das Problem des bevorstehenden Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst sehen sie nicht.

Die Forderung nach festen Vereinbarungen zur „Tarifpflege“ auch außerhalb von Tarifrunden ist von den Arbeitgebern ebenfalls zurückgewiesen worden. Sie sehen darin lediglich einen Versuch weitere „Nachverhandlungen“ zum TVöD zu führen.

So genannte Differenzierungsklauseln (tarifvertragliche Vorteilsregelungen für Gewerkschaftsmitglieder) sind vom Bund und der VKA strikt abgelehnt worden.

Die zweite Verhandlungsrunde findet vom 31. Januar bis 2. Februar 2010 ebenfalls in Potsdam statt.

SEI STÄRKER – SEI MITGLIED – SEI GdP!